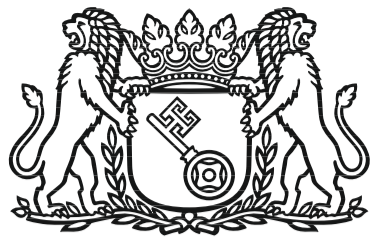


Das neue Heft.
Jetzt gratis testen!
Weitere Informationen unter
www.zeit.de/leo



PREIS DEUTSCHLAND 5,70 €

DIE ZEIT



WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR



10. SEPTEMBER 2020 N° 38

Corona im Herbst



Wie gut ist Deutschland
auf eine mögliche neue
Virus-Welle vorbereitet?
Antworten auf die wichtigsten
Fragen zu Corona

WISSEN

Was uns schützen wird

KONJUNKTUR

Geht nicht gibt's nicht

Die Krise zeigt, was Politik
leisten kann VON MARK SCHIERITZ

In der vergangenen Woche ist eine neue Konjunkturprognose veröffentlicht worden. Demnach wird die deutsche Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um viereinhalb Prozent zurückgehen – damit hätte Corona weniger Wachstum vernichtet als die Finanzkrise.

Nun sind Prognosen genau das: Prognosen. Bis Jahresende kann viel passieren, von einem erneuten Anstieg der Zahl der Coronatoten bis hin zu chaotischen Verhältnissen nach den amerikanischen Wahlen, die die Exportnation Deutschland treffen könnten. Doch selbst wenn es am Ende minus fünf-einhalb Prozent werden – es mehren sich die Anzeichen, dass die Wirtschaft sich aus der Krise herausarbeitet: Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Zahl der Kurzarbeiter geht zurück, die Produktion in der Industrie zieht an.

Als im Frühjahr das Land heruntergefahren wurde, kursierten noch ganz andere Szenarios: Von einer drohenden Staatspleite war in jenen Tagen die Rede, von einer möglichen Hyperinflation, von einer zweiten Weltwirtschaftskrise wie in den Dreißigerjahren. Der Unterschied: Seinerzeit hatte sich die Regierung für nicht zuständig erklärt, auch weil man glaubte, der Markt werde das schon allein regeln. Heute dagegen nehmen die Kanzlerin und ihr Finanzminister Milliarden für Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld oder den Kinderbonus in die Hand und stemmen sich damit gegen den Abschwung.

Diese Strategie geht offenbar auf, auch wenn es noch dauern dürfte, bis die Arbeitslosenquote wieder auf das Vorkrisenniveau fällt, und die Lage für einzelne Berufsgruppen wie Kneipenbetreiber, Künstler oder Reiseveranstalter schwierig bleibt. Sogar der Anstieg der Staatsschulden ist bislang zu verkraften – die Schuldenquote liegt immer noch deutlich unter der Schuldenquote vergleichbarer Industrieländer.

So zeigt diese Krise auch, wozu Politik in der Lage ist. Wenn die viertgrößte Industrienation der Welt wirklich etwas bewegen will, dann bewegt sich auch was. Vielleicht gelingt es, ein wenig von diesem Geist zu bewahren. Es ist ja nicht so, dass außer Corona nichts los wäre. Klimawandel, Digitalisierung, Demografie – die Herausforderungen sind gewaltig. Aber das hat diese Krise gezeigt: die für ihre Bewältigung mobilisierbaren Ressourcen ebenfalls.

www.zeit.de/vorgelesen

DAS VERHÄLTNISS ZU RUSSLAND

Ende der Illusion

Weil mit Putin Wandel durch Annäherung nicht möglich ist, darf
Deutschland Moskaus Machtpolitik nicht länger subventionieren VON JÖRG LAU

Auch wenn die Frage hartherzig klingt: Warum bringt erst der mutmaßliche Giftanschlag auf einen russischen Oppositionspolitiker, verübt mitten in Sibirien, fünf Zeitzonen von Berlin entfernt, die gesamte deutsche Russlandpolitik ins Wanken?

Es ist ja nicht der erste politische Mordversuch dieser Art. Und schlimmere Verbrechen – etwa die gut dokumentierte Bombardierung syrischer Krankenhäuser durch russische Jets – wurden in Berlin resigniert hingenommen. Doch den Fall Nawalny hat Angela Merkel sich aus freien Stücken zu eigen gemacht – ein mutiger Akt mit allerdings unabsehbaren Folgen. Auch Heiko Maas agiert erstaunlich tough. Indem er Nawalny und die Pipeline Nord Stream 2 miteinander verknüpft, bricht er mit dem deutschen Dogma, das besonders von Sozialdemokraten gehütet wird: man könne im Umgang mit Russland zwischen Wirtschaft und Politik fein säuberlich trennen; Sanktionen dürfen nach dieser Lehre zwar sein – aber nur solange sie nicht wirken.

Das deutsch-russische Verhältnis steuert nun mit jedem Tag rasanter dem tiefsten Punkt seit dem Ende des Kalten Krieges zu. Die Bundesregierung schließt den Stopp des Pipeline-Projekts nicht mehr aus und drängt auf europäische Sanktionen gegen die Verantwortlichen, sollte Moskau den Fall nicht aufklären.

Eine erstaunliche Zuspitzung: Es könnte eine der teuersten Entscheidungen bundesdeutscher Außenpolitik werden, wenn Nord Stream 2 tatsächlich scheiterte und sich die Betreiberfirmen des beinahe fertigen 9,5 Milliarden Euro teuren Projekts zu Schadensersatzklagen entschließen.

Da findet ein unerklärter, in dieser Konsequenz vielleicht sogar unbeabsichtigter Politikwechsel gegenüber Russland statt. Warum geht die Bundesregierung plötzlich längst ins Risiko? Das aufrichtige Entsetzen über den versuchten Mord mit einer Chemiewaffe kann dabei jedenfalls nicht die ganze Geschichte sein.

Die Wahrheit ist: Die deutsche Russlandpolitik mit ihrer widersprüchlichen Kombination aus Pipelines und Sanktionen versteht längst niemand mehr. Warum sollte es eine kluge Idee sein, die deutsche Gasversorgung über eine weitere Ostsee-Röhre an Wladimir Putin zu binden? Nord Stream 2 umgeht die Ukraine als Transitland für russisches Gas und würde damit ebenjenseits Staat, den der Westen mit Sanktionen gegen russische Aggression schützt, von überlebenswichtigen Transitgebühren abschneiden.

Mit dem untrüglichen Gespür des passionierten Schwindlers für die Lebenslügen der Gegenseite hat Donald Trump diesen Zusammenhang erkannt und die Pipeline mit Sanktionen gegen die beteiligten Firmen attackiert: Die USA stünden als letzter Garant der Nato für Deutschlands Sicherheit gerade, das sich aber mit Nord Stream in »totale Abhängigkeit« von Russland gebege. Letzteres ist Unfug, russisches Gas trägt nur etwa zehn Prozent zum deutschen Energiemix bei. Trump geht es natürlich um den Verkauf amerikanischen Flüssiggases. Und er ist wohl der denkbar schlechteste Zeuge gegen Wladimir Putin, der so viel getan hat, um ihn ins Amt zu bringen.

Dies ist die neue geopolitische Lage, in der die Bundesregierung agiert, eingeklemt zwischen konkurrierenden Großmächten: Sie verbittet sich Trumps Erpressergehebe und nimmt im Verhältnis zu Moskau zugleich Abschied von der Illusion, mit Wladimir Putin sei Wandel durch Annäherung möglich.

Die doppelte Buchführung in der deutschen Russlandpolitik – mit einem wirtschaftlichen und einem politischen Konto – ist gescheitert. Wirtschaftliche und politische Macht laufen in Russland in denselben Händen zusammen, besonders bei Rohstoffexporten. Und diese Macht wird seit einigen Jahren sehr aggressiv eingesetzt.

Da sind die militärischen Interventionen in der Ostukraine, auf der Krim, in Syrien und in Libyen; die Mordanschläge auf Kritiker, Abtrünnige und politische Gegner im In- und Ausland, am spektakulärsten gegen Sergej Skripal in Großbritannien (mit dem gleichen Gift Nowitschok, das bei Alexej Nawalny nachgewiesen wurde). Im Frühjahr 2015 drang eine Gruppe russischer Staatsacker in das Computernetzwerk des Deutschen Bundestags ein und erbeutete mehr als 16 Gigabyte an Daten, auch aus dem Abgeordneten-Postfach von Angela Merkel. Ein mutmaßlicher russischer Auftragsmörder mit Verbindung zum Militärgeschäft wird beschuldigt, im Berliner Tiergarten am helllichten Tage einen Mann getötet zu haben, den Moskau als Terroristen suchte. Der Prozess beginnt in wenigen Wochen am Berliner Kammergericht.

Und dann ist da in diesen Tagen der Aufstand der Belarussen gegen das System von Alexander Lukaschenko. Wladimir Putin steht an der Seite des Diktators. Er hat russische »Sicherheitskräfte« in Aussicht gestellt, sollte es dem Regime nicht gelingen, aus eigener Kraft die Proteste zu unterdrücken. Am Montag wurde eine Anführerin der

Demokratiebewegung, Maria Kolesnikowa, auf offener Straße in Minsk gekidnappt, mutmaßlich von Kräften des Regimes. Angeblich sollte sie an der Grenze zur Ukraine abgeschoben werden, widersetzte sich und wurde in Haft genommen. Bis zum Redaktionsschluss war ihr Verbleib ungeklärt. Anfang nächster Woche wird Lukaschenko in Moskau erwartet, um sich dort den Rücken stärken zu lassen.

Diese ganze aggressive Machtpolitik subventioniert Deutschland mit den Milliarden für russisches Erdgas.

Alexej Nawalny in Berlin aus dem Koma erwacht, Maria Kolesnikowa verschwunden – da wäre es schon sehr seltsam, die Pipeline weiterzubauen, die Putins wichtigsten geopolitischen Zielen dient: Schwächung des postsowjetischen Raums bei gleichzeitiger Erhöhung der Abhängigkeit Westeuropas von russischem Gas. Sie gehört auf Eis gelegt, wenn die Rede von »strategischer Autonomie« und »europäischer Souveränität« irgendeine praktische Relevanz haben soll.

Gezielte Sanktionen gegen die Verantwortlichen in Belarus müssen jetzt vorbereitet werden. Wirtschaftsminister Peter Altmaier behauptet, Sanktionen hätten noch nie etwas gebracht. Das ist falsch. Beim jahrelangen Ringen mit dem Iran konnte man im Gegenteil sehen, dass harte Wirtschaftssanktionen der Diplomatie helfen. Ohne sie kein Atomdeal. Versteht die Bundesregierung ihre eigenen Erfolge nicht?

Sanktionen sind eine Form der politischen Kommunikation. Sie funktionieren ähnlich wie ein Rating. Sie signalisieren: Achtung, dieses Land wird von unverantwortlichen Leuten regiert, Investments sind hochriskant, Kredite auch.

Sanktionen schließen keineswegs weiteres Reden aus. Sie machen es verbindlicher. Die während der Krim-Krise verhängten Strafmaßnahmen gelten zu Unrecht als Misserfolg. Es ging ja nicht darum, Wladimir Putin zur Rückgabe der Halbinsel zu bringen. Das Ziel war, seiner Destabilisierungspolitik eine Grenze aufzuzeigen.

Das ist heute dringender denn je geboten. Wenn die Europäer zusammenfinden, kann es gelingen, wie schon in der Ukraine-Krise. Angela Merkel hatte damals einen großen Anteil daran. Aber eigentlich – welche Ironie – war es Wladimir Putin, der Europa gegen sich vereint hat.

www.zeit.de/vorgelesen

Heilung oder Hokuspokus?

Ein Streitgespräch über
die Wirksamkeit
homöopathischer Kügelchen

Seite 10



Gift oder Gas?

Wie der Anschlag auf
den Regimekritiker Alexej
Nawalny und Wladimir
Putins Hilfe für Belarus
das politische Berlin zerreißen

Politik, Seiten 6 und 7

PROMINENT IGNORIERT



Kassandra

Am 10. September heulen die deutschen Sirenen. Der Probealarm soll uns bewusst machen, »dass es ungemütlicher werden wird«. Das befürchtet Christoph Unger, Chef des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Er fühle sich wie Kassandra, der keiner glaubte. Vorsicht, Herr Unger! Kassandras Voraussagen erfüllen sich immer. Sie wurde enthaupet. GRN.

Kl. Bilder (v. o.): vronivis/Shutterstock; Pavel Golovkin/picture alliance (l.); Mikhail Svetlov/Getty Images (r.); Liszt Collection/akg-images

Verlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbefragung@zeit.de

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 60,95/EIN 8,50/E 7,10/
CAN 7,60/F 7,10/NL 6,60/
A 5,90/CH 8,20/I 7,10/GR 7,60/
B 6,60/P 7,40/L 6,60/H 2990,00

N° 38

75. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 105705